

KLEINE ANFRAGE

des Abgeordneten Johannes Saalfeld, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Justizvollzugsanstalt Waldeck

und

ANTWORT

der Landesregierung

1. Wie erfolgte die Vergabe des zweiten Bauabschnitts an die Kludt & Wegner oHG?
Erfolgte eine Ausschreibung und wenn nein, warum nicht?

Über die Errichtung des zweiten Bauabschnittes, des offenen Vollzuges, wurde am 18. Juli 1997 zwischen der Vermieterin und dem Land ein Nachtrag zum Mietvertrag geschlossen. Die Erweiterung war von Anfang an geplant und erfolgte als Gesamtprojekt auf Grundstücken, die bereits im Eigentum der Vermieterin standen und im Zuge der Errichtung des ersten Bauabschnitts von der Vermieterin vom Bund erworben wurden.

Eine Ausschreibung erfolgte nach bisherigem Kenntnisstand nicht. Die Erweiterungsflächen standen im Eigentum der Vermieterin. Darüber hinaus waren bei der Planung für den ersten Bauabschnitt von vornherein die Versorgungseinrichtungen wie zum Beispiel Küche, Heizung, Krankenabteilung auf die Erweiterung der Justizvollzugsanstalt um den zweiten Bauabschnitt ausgelegt.

2. Wie erfolgte die Vergabe des dritten Bauabschnitts an die Kludt & Wegner oHG? Erfolgte eine Ausschreibung und wenn nein, warum nicht?

Aufgrund einer Gesetzesänderung bestand dringender Bedarf von dauerhaft 50 Behandlungsplätzen für verurteilte Sexualstraftäter zum 1. Januar 2003. Als mögliche Lösungsvarianten wurden die Bildung einer Vollzugsgemeinschaft mit einem anderen Bundesland oder aber die Einrichtung einer eigenständigen Abteilung für die sozialtherapeutische Behandlung Gefangener bei einer Justizvollzugsanstalt des Landes Mecklenburg-Vorpommern geprüft. Die Bildung einer Vollzugsgemeinschaft mit anderen Bundesländern wurde dabei verworfen. Daraufhin wurden die Haftanstalten des Landes auf eine mögliche Erweiterung überprüft, wobei im Ergebnis die Justizvollzugsanstalt Waldeck aufgrund ihrer modernen Infrastruktur favorisiert wurde. Da dort die benötigten Grundstücksflächen im Eigentum der Vermieterin waren, erfolgte keine gesonderte Vergabe. Der entsprechende Nachtrag zum Mietvertrag datiert auf den 22. Oktober 2003.

3. Könnte sich aus der Verletzung der Pflichten der Wegner & Kludt oHG bzw. der Wegner & Co. Objekt Dummerstorf KG aus dem Mietvertrag ein Ankaufsrechts für das Land ableiten?
 - a) Inwiefern könnte eine etwaige fehlende Erbringung der zugesagten Tilgung in Form von Beitragszahlungen in die Lebensversicherungen bzw. eine schuldhaft ausbleibende Darlehenstilgung eine entsprechende Pflichtverletzung darstellen, die ein Ankaufsrecht auslöst?
 - b) Wurde vor dem Jahr 2014 eine mögliche Pflichtverletzung in diesem Zusammenhang durch die Landesregierung geprüft?
 - c) Ist eine Prüfung Teil der Tätigkeit der zwischenzeitlich eingesetzten Task Force?

Zu 3, a), b) und c)

Ob Pflichtverletzungen des Vermieters vorliegen und welche Ansprüche das Land gegebenenfalls geltend machen kann, ist Gegenstand der noch laufenden Prüfungen. Sobald die eingesetzte Task Force ihre Ermittlungsarbeit beendet hat, werden die gewonnenen Erkenntnisse einer umfassenden juristischen Prüfung unterzogen. Zudem werden auch die Erkenntnisse der Staatsanwaltschaft nach Abschluss der Ermittlungen zu berücksichtigen sein. Hierzu wird ergänzend auf die Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage Landtagsdrucksache 6/3041, insbesondere die Vorbemerkung, verwiesen.